



Hauptseite / Ukraine-Krieg

"Ball absurd" für die Ukraine – Der Tanz am Abgrund

2 Mai 2022 20:15 Uhr



Der Bundespresseball tanzt für die Ukraine, während dort immer mehr Menschen für die Ziele von USA samt NATO verheizt werden. Washington ist an einem möglichst lange dauernden Krieg in der Ukraine interessiert. Und die deutsche Bundesregierung ist voll dabei und sogar bereit, ein bisschen Atomkrieg zu wagen.



Quelle: Gettyimages.ru © Gerald Matzka / Freier Fotograf

Horst Strack-Zimmermann, Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP) und Andrij Melnyk, Botschafter der Ukraine in Deutschland, auf dem Bundespresseball 2022 im Hotel Adlon in Berlin, Deutschland, am 29. April 2022

Newsletter abonnieren

Schnell und zuverlässig zu den Nachrichten von RT DE:

E-mail



Ich akzeptiere die [Datenschutzerklärung](#)

Wir bieten Ihnen die Möglichkeit, täglich per E-Mail RT-News-Highlights zu erhalten.

NEIN ZUR ZENSUR.
RT DE IST HIER!

RT DE AUF odysee

von Rainer Rupp

Der Krieg in der Ukraine ist auch "unser Krieg", heißt es in dem propagandistischen Trommelfeuer der Politiker der ganz großen Koalition der "Ampel" samt der CDU/CSU-"Opposition". Und deshalb war die üppige Party, zu der sich am letzten Freitag in der Berliner Luxusherberge Adlon 1.800 auserlesene Persönlichkeiten zum Bundespresseball eingefunden hatten, den armen Ukrainern gewidmet.

Arme Ukraine – in der Tat. Denn von Tag zu Tag werden mehr ukrainische Menschen vom Westen zwecks "Schwächung der Russen" als Kanonenfutter verheizt. Denn die "Schwächung der Russen" ist das offizielle und öffentlich erklärte Ziel – nicht nur der Biden-Regierung in Washington, sondern inzwischen auch das von Großbritannien, von Polen und den baltischen Giftzergstaaten und einiger anderer europäischer NATO-Länder. Je länger der Krieg zwischen Ukrainern und Russen dauert, desto besser ist das vor allem für Washington, weshalb das Ende des Krieges möglichst lange hinausgezögert werden soll.



Hofreiter und Strack-Zimmermann: "AfD und Putin wollen unsere Demokratie aus den Angeln heben"

Diese Hinhaltetaktik erklärt auch, warum sowohl Washington als auch London vor knapp einem Monat die Selenskij-Regierung zurückgepiffen hatten, nachdem diese zuvor in Istanbul bei den Verhandlungen mit den Russen mit einem ersten, konkreten Schritt in Richtung diplomatischer Beilegung des Konfliktes dem Kreml entgegengekommen war: Kiew hatte Moskau ein schriftliches Angebot gemacht, auf die Mitgliedschaft in der NATO zu verzichten.

In den darauffolgenden Tagen berichteten US-Medien unter Berufung auf zwei hohe Regierungsbeamte, die anonym bleiben wollten, dass Washington Kiew geraten habe, keine vorschnellen Kompromisse einzugehen, denn Kiew könne diesen Krieg noch gewinnen. Aus London kamen Berichte von einer ähnlich lautenden Intervention der britischen Regierung in Kiew, angeblich sogar vom Premierminister Boris Johnson persönlich.

Top-Artikel

Lafontaine: Amerika treibt Europa in einen Atomkrieg

Aktualisiert gestern

Kein freundlicher Empfang für Kanzler Scholz zum Ersten Mai

Aktualisiert gestern

Liveticker zum Ukraine-Krieg: EU plant russische Importe durch afrikanisches Gas zu ersetzen

Aktualisiert vor weniger als 1 Stunde

Melnyk an Deutschland: Wir wollen 88 Leopard-Panzer – und der Dritte Weltkrieg läuft bereits

Aktualisiert gestern

In eigener Sache: RT DE weiterhin über Alternativen zu erreichen

Aktualisiert vor 4 Tagen

Inzwischen sind die diplomatischen Gespräche zwischen Kiew und Moskau gänzlich zum Erliegen gekommen. Der diplomatische Kanal zwischen Kiew und Moskau ist vom Westen ausgetrocknet worden, während die NATO und vor allem die USA nach Kiew immer mehr und immer schwerere Waffen liefern und neuerlich exorbitante Finanzhilfen in Höhe von 33 Milliarden US-Dollar in Aussicht stellen. Das Ziel dieser Hilfe hätte die *Washington Post* in ihren Artikel vom vergangenen Samstag nicht deutlicher beschreiben können, dessen Titel bereits alles sagt: "Flut westlicher Artilleriegeschütze in die Ukraine wird den Krieg mit Russland neugestalten."



Lawrow: NATO und EU haben akzeptiert, dass "ihr Hausherr in Washington sitzt"

Tatsächlich sind die Menschen der Ukraine den US/NATO-Kriegstreibern schnurzegal, denn von Anfang an war und bleibt klar, dass die Ukraine diesen Krieg nicht gewinnen kann, auch nicht mit westlichen Waffenlieferungen. Letztere können nur den Krieg verlängern. Und mit jedem Tag werden die Opfer der Ukraine an Menschen

und Material größer, aber der "Russe blutet" auch. "To bleed the Russian" – "die Russen zur Ader lassen" – ist Sinn und Zweck der ganzen westlichen Operation, und dafür ist Washington auch bereit, bis zum letzten Ukrainer zu kämpfen. Dass die US/NATO dies tatsächlich vorhaben, geht aus den jüngsten offiziellen Erklärungen führender westlicher Politiker und auch des NATO-Generalsekretärs hervor:

Beim Doppelbesuch zweier US-Minister in Kiew vor einer Woche hatte etwa der Chef des Pentagon Lloyd Austin erklärt, dass es jetzt beim Krieg in der Ukraine darum gehe, mittels weiterer massiver US-Waffenlieferungen Russland derart nachhaltig zu schwächen, dass er keinen anderen Nachbarn mehr bedrohen könne. US-Außenminister Antony Blinken bekräftigte, dass der Krieg so lange weitergehe, bis die Ukraine gewonnen habe. Und die kriegstolle grüne Außenministerin Annalena Baerbock will den Krieg in der Ukraine so lange weiterführen, bis russisches Militär alle Gebiete der Ukraine wieder verlassen hat. Folgerichtig hat der NATO-Generalsekretär in Brüssel jetzt erklärt, dass der Krieg gegen Russland in der Ukraine noch viele Jahre dauern könne.

Wenn die Menschen in der Ukraine, falls sie erst einmal von ihren faschistischen Unterdrückern befreit sind, diesen Krieg gegen die Russen dann nicht mehr weiterkämpfen wollen, wird dann eine NATO-Freiwilligenarmee in ukrainischen Uniformen in der Ukraine weiterkämpfen?

Die Blaupause für diese ganze US-Operation in der Ukraine ist in einer RAND-Studie Punkt für Punkt im Jahr 2019 beschrieben und veröffentlicht worden, angefangen mit der "orangenen Farbenrevolution" über den gewaltsamen Umsturz der demokratisch gewählten Janukowitsch-Regierung während der Maidan-Unruhen 2014, wonach Washington den Faschisten dazu verhalf, in den ukrainischen Machtministerien wie Polizei, Geheimdienste, Justiz und Militär die Oberhand zu gewinnen, bis hin zu der Aufrüstung und militärischen Ausbildung in NATO-Waffen und NATO-Taktik in Vorbereitung der so genannten Rückeroberung der Donbass-Volksrepubliken und der Krim im Februar dieses Jahres. Diesem Vorhaben kamen die Russen mit ihrer Militäroperation zur Entwaffnung und Entnazifizierung der Ukraine zuvor. Kurzum, in all diesen ständig schlimmer werdenden Provokationen setzten die USA in der Ukraine eine lange geplante Politik um, und jeder, der die Studie liest, kann sich davon selbst überzeugen.



Lafontaine: Amerika treibt Europa in einen Atomkrieg

Zugleich fügt sich der unsägliche Beschluss des Deutschen Bundestages für die Lieferung schwerer Waffen in die Ukraine passgenau in diesen geostrategischen US-Plan ein. Nicht anders hat das der Vizevorsitzende des russischen Sicherheitsrates, Dmitri Medwedew, interpretiert. Auf dem Messenger-Dienst

Telegram hat Medwedew vor den Konsequenzen gewarnt und auf das Ergebnis des Zweiten Weltkriegs, speziell auf die Eroberung Berlins und die Zerstörung des Reichstags angespielt und gesagt:

"Anscheinend lassen die 'Lorbeeren' ihrer Vorgänger den deutschen Gesetzgebern keine Ruhe. Jene tagten in einem deutschen Parlament, das im vergangenen Jahrhundert noch anders hieß. Schade um das Parlament.

So etwas nimmt gewöhnlich ein trauriges Ende."

Ich möchte alle Leser bitten, [diese Bundestagsdrucksache](#) unbedingt in Gänze zu lesen und weiterzuleiten, damit möglichst viele Wähler wissen, was für Leute im Bundestag sitzen und welchen hochgefährlichen Irrsinn sie in unserem Namen treiben.

Bei dem RAND-Plan zur Unterwerfung Russlands handelt es sich nicht um ein Geheimnis, nicht um ein Top-Secret-Dokument, sondern um eine breit veröffentlichte Empfehlung der RAND-Corporation an die US-Regierung aus dem Jahr 2019 über den Umgang mit Russland. Da die Amerikaner schon damals eingesehen hatten, dass an einen militärischen Sieg über Russland nicht mehr zu denken war, hatte RAND eine Reihe von kriegsähnlichen und realistisch umsetzbaren Strategien zur Unterwerfung Russlands unter die globale US-Vorherrschaft ausgearbeitet.

Der Titel dieser RAND-Studie lautet: "Extending Russia: Competing from Advantageous Ground", zu Deutsch: "Die Überforderung Russlands – Auf vorteilhaftem Boden konkurrieren [*also gewinnen*]". In dieser Studie spielt eine Strategie zur Ausnutzung der Ukraine die Hauptrolle.

RAND-ist eine riesige Denkfabrik der US-Luftwaffe mit Tausenden von militärischen, aber auch zivilen Wissenschaftlern aus verschiedenen Fachrichtungen. Selbstredend ist RAND auf das Engste mit dem US-Militär, aber auch mit der US-Politik, vor allem mit dem außenpolitischen Establishment in Washington verbunden. Aber RAND ist auch in so gut wie allen US-Vasallenstaaten aktiv. Die im Jahr 2019 veröffentlichte Studie "Extending Russia" geht auf die Initiative einer Reihe von Planungs-Abteilungen im Pentagon zurück, u.a. auf das Pentagon Defense Review Office beim Büro des [stellvertretenden Stabschefs G-8](#) des Department of the Army Headquarters.

Dieses Dokument recherchiert und empfiehlt, wie die USA die russische Wirtschaft und das Militär auf eine Weise überfordern könnten, die den USA



"Ihr Kampf ist unser aller Kampf" – Nancy Pelosi besucht unangekündigt Kiew

die USA beispielsweise ihre eigene Energieproduktion ausweiten und gegen Russland Handels- und Finanzsanktionen verhängen, um dabei die russische Wirtschaft und die Staats- und Verteidigungsausgaben zu belasten.

Das Ergebnis der Studie zur "Überforderung Russlands" empfiehlt, der praktikabelste Weg, um einen US-Vorteil zu erlangen, bestehe darin, die Ukraine mit tödlichen Waffen aller Art auszustatten und daran auszubilden und die Instabilität im Donbass auszunutzen, um das russische Militär zu überfordern und es den USA zu ermöglichen, die erforderlichen Sanktionen anzuwenden, um ihr übergeordnetes Ziel zu erreichen. Je länger dies in die Länge gezogen werde, desto besser wäre das für die USA, da es Russland weiter schwächt und es den USA besser ermöglicht, ihre Ziele zu erreichen. Das 2019 veröffentlichte Forschungspapier empfiehlt denn auch, Schweden und Finnland dazu zu drängen, der NATO beizutreten, und dass die USA zugleich neue Atomwaffen nach Europa bringen und dort stationieren sollten, nachdem sie zuvor den INF-Atomvertrag mit Russland annulliert haben.

Diese Studie ist auf der Website der RAND-Organisation [verfügbar](#) und Teil der Library of Congress (Cataloging-in-Publication Data ist für diese Publikation verfügbar. ISBN: 978-1-9774-0021-5).

US-Kongressabgeordnet will US-Truppen in die Ukraine bringen

Laut einer anderen umfassenden, allerdings nicht veröffentlichten Studie von RAND, die vor drei Jahren fertiggestellt und in der ein US-Krieg gegen Russland in Osteuropa unter verschiedenen Bedingungen simuliert worden war, stand am Ende fest, dass selbst unter günstigsten Annahmen für ihre "blaue"-Seite das US-Militär bereits nach

zugutekommen würde. Abgesehen davon, dass die Studie auch einem Laien einen großartigen Einblick in die Denkweise der US-Regierung und ihrer Berater in Bezug auf ihre Außenpolitik vermittelt, zeigt sie den praktikabelsten Weg für die USA, wie Washington strategische Vorteile gegenüber Russland erlangen kann, indem

kurzer Zeit "eine vernichtende Niederlage von den Russen serviert bekommen würde". Zu beachten ist, dass RAND zu diesem für die USA vernichtenden Ergebnis bereits zu einem Zeitpunkt kam, als die Bedeutung der weltweit einmaligen militärtechnischen Revolution für die moderne Kriegsführung, die in der Zwischenzeit von Russland weitgehend vollendet worden ist, noch nicht annähernd bekannt war. Daher stammt die Abneigung Washingtons, eigenes Militär in diesen Krieg in der Ukraine zu schicken.

Bemerkenswerterweise heißt es im Vorwort des RAND-Dokuments über die "Überforderung Russlands": "Die Schritte, die wir postulieren, hatten weder Verteidigung noch Abschreckung als Hauptzweck." Denn das Ziel ist die Schwächung Russlands. Und zur Schwächung Russlands werden derzeit in der Ukraine massenhaft auch Menschen für die US-Interessen geopfert.

Wohlgemerkt geht es Washington in der Ukraine weder um "Verteidigung noch Abschreckung", sondern um Schwächung Russlands, und zwar bis hin zu internen Unruhen und einem Regime-Wechsel in Moskau. Und für eine solche Politik macht sich der Bundestag mit überwältigender Mehrheit stark. Kein Wunder, dass Medwedew die Bundesregierung und das deutsche Parlament gewarnt und an das Schicksal des Reichstags in Berlin erinnert hat.

**Melnyk an
Deutschland: Wir
wollen 88 Leopard-
Panzer – und der
Dritte Weltkrieg läuft
bereits**

Zugleich macht sich in Teilen der deutschen Bevölkerung zunehmend die Sorge breit, dass sich der Wirtschaftskrieg gegen Moskau, den unsere großen "Durchblicker" in Berlin mit Hurra begonnen haben, als Rohrkrepiere erwiesen hat, der dem deutschen Volk großen, ja unermesslichen Schaden zufügt. Eine noch größere Sorge ist aber, dass die gleichen blinden Politiker in Berlin auch noch bereit sind, einen militärischen Krieg mit Russland zu riskieren.

Aber wahrscheinlich beruht diese Bereitschaft nicht nur auf Unwissenheit, sondern auch auf Willfährigkeit gegenüber den USA und der EU. Fakt bleibt, es ist extrem gefährlich, dass unsere

Regierungspolitiker in Berlin ohne jede Grundlage Entscheidungen über Krieg und Frieden und über unser wirtschaftliches Wohlergehen fällen! Wenn die Militärpolitik des Westens gegenüber Russland genauso "genial" durchdacht ist wie die wirtschaftliche Sanktionspolitik, dann gute Nacht, Deutschland. Aber bitte keine Panik, es könnte sich "nur" um einen Atomkrieg handeln.

Mehr zum Thema - Was ich bei dem angeblichen "Massengrab" in der Nähe von Mariupol vorgefunden habe



Accounts blockiert. Es liegt nun an uns allen, ob in Deutschland und der EU auch weiterhin ein Journalismus jenseits der Mainstream-Narrative betrieben werden kann. Wenn Euch unsere Artikel gefallen, teilt sie gern überall, wo Ihr aktiv seid. Das ist möglich, denn die EU hat weder unsere Arbeit noch das Lesen und Teilen unserer Artikel verboten. Anmerkung: Allerdings hat Österreich mit der Änderung des "Audiovisuellen Mediendienst-Gesetzes" am 13. April diesbezüglich eine Änderung eingeführt, die möglicherweise auch Privatpersonen betrifft. Deswegen bitten wir Euch bis zur Klärung des Sachverhalts, in Österreich unsere Beiträge vorerst nicht in den Sozialen Medien zu teilen.

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.



in_stagram
Folge **uns auf Instagram**